

Erscheint täglich außer Sonntagen.
Zusätzlich Wochenausgabe des „Vorwärts“ Bezugspreis für beide Ausgaben 75 Pf. pro Woche, 3,25 M. pro Monat (davon 67 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar. Postbezug 3,97 M. einschließlich 60 Pf. Poststempel und 72 Pf. Postbefreiungsgeld.

Spätausgabe des „Vorwärts“

Anzeigenpreis: Die einseitige Millimeterzeile 20 St. Wochensatz 2.- M. Ermäßigungen nach Tarif. Postbefreiung: Bezirks-Verlag G. m. b. H., Berlin Nr. 37 506. - Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht gemachter Anzeigen vor.
Redaktion und Expedition: Berlin SW 68, Linienstr. 3
Verantwortlicher: Döbner (A 7) 292-297

Landtag ohne Mehrheit!

Das Volk will weder Harzburg noch Hitler

Rechnen hilft nicht! Auch wenn man alles zusammen trägt, was an rechtsbürgerlichen Resten übrig geblieben ist, gibt es keine Harzburger Mehrheit. „Das Volk will euch nicht mehr!“ war die Sturmparole gegen Weimar. Und richtig, es gibt keine Mehrheit der Weimarer Koalition. Außerdem aber gibt es noch verschiedenes anderes, was das Volk nicht will! Es will kein Harzburger Regiment, denn es hat der Rechten die Mehrheit versagt, und es will erst recht kein Halenkreuzregiment, denn von je 1000 Wählern haben nur 355 für Hitler gestimmt, aber 645 gegen ihn!

Das Volk hat am 24. April sowohl der gesamten Rechten wie erst recht der Nationalsozialistischen Partei die Vollmacht zur Regierungsübernahme verweigert. Neben diesem klaren staatsrechtlichen Tatbestand aber übt das Entstehen der großen bürgerlichen Einheitspartei, NSDAP, genannt, als politisches Faktum seinen starken Einfluß. Eine Partei hat ein Recht zu regieren erst dann, wenn sie die Mehrheit hat oder eine Mehrheit bildet — aber ohne Rücksicht auf staatsrechtliche Erwägungen kann es ein Gebot der politischen Klugheit sein, sie an die Macht heranzulassen, noch ehe sie Mehrheit geworden ist. Nur muß sie dann wirklich eine politische Partei sein und nicht eine bloße Abenteuerbande, nur muß man das Vertrauen haben, daß sie die in ihre Hände gelegte Macht nicht zu ungesetzlichen, verfassungswidrigen Zwecken benutzen wird.

Dieses Vertrauen hegen wir gegenüber der NSDAP, in keiner Weise, es besteht also für uns kein Grund, ihr freiwillig eine Position einzuräumen, die sie im Wahlkampf vergeblich zu erringen versucht hat. Gegenüber einer Regierung der Nationalsozialisten oder mit den Nationalsozialisten gibt es für uns nur die allerhöchste Opposition. Jeder Gedanke daran, sie irgendwie zu tolerieren oder ihre Entstehung stillschweigend zuzulassen, scheidet für uns Sozialdemokraten von vornherein vollständig aus.

Herr Rube, der Stellvertreter Hitlers in Preußen, sagt in einer Erklärung, der preußische Ministerpräsident sei „von Hitler bestimmt“ werden. Das ist ein staatsrechtlicher Irrtum. Der preußische Ministerpräsident wird vom Landtag gewählt und zwar — nach der jetzt abgeänderten Geschäftsordnung — mit absoluter Mehrheit. Will Herr Hitler, daß sein Kandidat Ministerpräsident wird, so wird er nicht nur die kleine Hugenberg-Partei und die übrigen Rechtsplitter, sondern auch das Zentrum bitten müssen, ihm seine Stimme zu geben.

Der Aufruf des Zentrums, den wir an anderer Stelle wiedergeben, schließt die Möglichkeit, daß einer solchen Bitte willfährig würde, nicht von vornherein aus. Man muß also damit rechnen, daß es zwischen dem Zentrum und den Nazis zu Verhandlungen über die Regierungsbildung kommen wird. Diesen Verhandlungen vorzugreifen liegt weder in unserer Macht noch in unserer Absicht. Nur soviel kann dazu gesagt werden: Sollten diese beiden Parteien miteinander einig werden, so müßte zum mindesten eine von ihnen ihr Wesen sehr stark verändern. Das Produkt einer solchen Einigung könnte von der Sozialdemokratie nur mit dem allerhöchsten Mißtrauen betrachtet werden — denn was dabei herauskäme, könnte nur das allerreaktionärste Bürgerblockregiment sein, das Deutschland jemals erlebt hat.

Solange eine neue verfassungsmäßige Regierung nicht gebildet ist, muß die alte Regierung die Geschäfte weiterführen. Es ist selbstverständlich, daß sie demissionieren muß, es ist aber ebenso selbstverständlich, daß sie nicht davonlaufen kann. Der alte Steuermann kann das Schiff nicht verlassen, bevor ein neuer an seinem Platz steht — er kann es um so weniger, als die Fahrt mit jedem Tag schwieriger zu werden droht. Um nur von einem zu sprechen — die Finanzschwierigkeiten, die sich naturgemäß mit der Fortdauer der Krise verschärfen, erfordern, daß zu jeder Stunde eine aktionsfähige Preußenregierung vorhanden ist, die im Einverständnis mit der Reichsregierung die notwendigen Maßnahmen ergreift.
Das Verbleiben im Amt bis zur Bildung einer neuen

Der neue Landtag. Keine Mehrheit der Rechten.

Die Verteilung der Mandate im neuen Landtag ergibt das folgende Bild:

Sozialdemokraten	93	Nationalsozialisten	162
Zentrum	67	Deutschnationale	31
Staatspartei	2	Volkspartei	7
Kommunisten	57	Christlich-Soziale	2
	219	Hannoveraner	1
			203

Die Mehrheit von 422 Abgeordneten ist 212. Eine Mehrheitsbildung ist theoretisch nur möglich, wenn das Zentrum eine Koalition mit den Nationalsozialisten eingehen würde.

Die Listenverteilung der Mandate.

Die Verteilung der zum Preussischen Landtag neuwählten Abgeordneten auf die einzelnen Listen ist folgende:

- Gesamtzahl der Abgeordneten: 422.
a) Direkt gewählt: 350.
b) Durch Verbindungen in den Wahlkreisverbänden gewählt: 31.
c) Nach der Landesliste gewählt: 41.
Die Verteilung auf die einzelnen Parteien ist folgende:

	a) direkt	b) durch Verbindungen	c) nach Landesliste	zusammen
Sozialdemokraten	82	6	5	93
Deutschnationale	19	4	8	31
Zentrum	55	7	5	67
Kommunisten	45	7	5	57
Deutsche Volkspartei	—	4	3	7
Staatspartei	—	1	1	2
Nationalsozialisten	149	1	13	162
Deutsch-Hannoveraner	—	1	—	1
Christlich-Sozial. Volksdienst	—	1	1	2

Alle übrigen Parteien haben weder in einem Wahlkreis noch in einem Wahlkreisverband die erforderliche Stimmenzahl erreicht.

Regierung ist für jedes Mitglied des preussischen Kabinetts unter den gegebenen Umständen ein ungeheures persönliches Opfer. Es wird ihnen auch neue Angriffe einbringen. Aber dieselben Leute, die morgen schreien werden, daß die Regierung „lebt“, würden übermorgen gegen die Regierung die allerhöchsten Vorwürfe erheben, wenn sie Amt und Pflicht vorzeitig verließen!

Also: Es werden Verhandlungen über eine neue Regierung geführt werden. An diesen Verhandlungen wird die Sozialdemokratie in keiner Weise beteiligt sein. Sie werden aller Wahrscheinlichkeit nach lange dauern, und solange sie zu einem positiven Ergebnis nicht geführt haben, bleibt es Pflicht der in die Minderheit gedrängten Weimarer Koalition, die Geschäfte weiterzuführen. Nur so kann eine ruhige Linie der Entwicklung gewahrt werden, deren Unterbrechung durch Gewalttätigkeiten irgendwelcher Art weder vom Staat noch vom Reich geduldet werden kann!

Wachsamkeit, Kaltblütigkeit, ungebrochene Kampfesfreude bleiben bei der Sozialdemokratischen Partei. Nicht zum erstenmal ist es diesmal geschehen, daß die reaktionäre Belle über Bord schlug. Bei den Waimahlen zum Reichstag 1924, die gleichfalls Krisenwahlen waren, wurden die Deutschnationalen mit 106 Mandaten stärkste Partei. Was man heute Harzburg nennt, hatte im ganzen 148 Mandate, die Sozialdemokratie nur 100. Vier Jahre später, bei den Wahlen von 1928, war die Sozialdemokratie schon wieder so stark geworden, daß ihr die Führung der Reichsgeschäfte nicht verweigert werden konnte.

Die Kampfsignale dröhnen: Alles her zur Sozialdemokratie!

Das amtliche Ergebnis.

Das vorläufige amtliche Endergebnis für die Wahl zum Preussischen Landtag lautet wie folgt:

	Stimmen	Mandate
Sozialdemokraten	4 674 943	93
Deutschnationale Volkspartei	1 524 931	31
Preussische Zentrumspartei	3 374 413	67
Kommunistische Partei Deutschlands	2 819 602	57
Deutsche Volkspartei	330 807	7
Volkspartei	44 119	1
Wirtschaftspartei	191 032	—
Deutsches Landvolk	153 562	—
Junge Rechte	13 942	—
Deutsche Staatspartei	332 441	2
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei	8 008 219	162
Deutsch-Hannoversche Partei	63 903	1
Christlich-Sozialer Volksdienst	255 068	2
Sozialistische Arbeiterpartei	80 437	—
Radikaler Mittelstand	9 949	—
Nationale Sammlung	6 515	—
Interessengemeinschaft der Kleinrentner ufm.	25 518	—
Polnische Volkspartei	57 731	—
Nationale Beamte, Angestellte u. freie Berufe	3 885	—
Haus- und Landwirtschaftspartei	67 405	—
Großdeutsche Liste Schmallig	4 570	—
Nationalistische Deutsche Arbeiterpartei	11 592	—
Preussisch-Litauische Volkspartei	363	—
Schleswigsche Heimat	2 301	—
Partei der Erwerbslosen	3 461	—
Deutsche Einheitspartei	1 329	—

Es sind insgesamt 22 069 849 gültige Stimmen abgegeben worden. — Die Wahlbeteiligung betrug 81 Proz.

Hitler biedert sich an. Erklärung des Zentrums-Vorstands.

In einer Erklärung des von Hitler für die preussischen Wahlen bestimmten Wahlleiters Rube heißt es, daß die Nationalsozialisten bereit seien, mit jedem zusammenzuarbeiten, der ein „nationales“, von sozialistischem Berechtigten erfüllt und von kräftigem Geist veredeltes Preußen will. Niemand würde von den Nationalsozialisten von der Mitarbeit zurückgewiesen (!) werden. Der neue preussische Ministerpräsident werde von Hitler bestimmt.

In einer Kundgebung des Vorstandes der Preussischen Zentrumspartei heißt es wörtlich:

„Die neugewählte Zentrumsfraktion in Preußen wird entsprechend dem Aufruf zu Beginn des Wahlkampfes getreu dem Programm und der Ueberlieferung der Gesamtpartei auch im neuen Land das Ziel ihrer Politik in der Aufrechterhaltung christlich-deutscher Volkskultur und einer gesunden Volksdemokratie sehen. Sie ist bereit, mit allen Parteien zusammenzuarbeiten, die auf der Grundlage der Verfassung dem Wohle des ganzen Volkes zu dienen entschlossen sind. Die Zentrumsfraktion wird sich jedoch in Zukunft mit aller Kraft weiterhin Bestrebungen widersetzen, die Staat und Verwaltung einer einseitigen Parteidiktatur ausliefern wollen und damit Ruhe und Ordnung und eine förderliche Reichspolitik gefährden würden.“

Pressestimmen aus dem Reich.

Die „Schlesische Volkszeitung“, das führende Organ des schlesischen Zentrums, beurteilt das Ergebnis des Wahlkampfes in Preußen wie folgt:

„Das staatspolitische Ziel des Wahlkampfes ist nicht erreicht. Eine arbeitsfähige Mehrheit ist nach dem preussischen Wahlkampf nicht zu erlangen. Das wesentliche des Wahlkampfes aber ist, daß die Systembekämpfer, die Gegner Brünnings in Preußen eine schwere Niederlage erlitten haben. Die ruhige und stets Politik, die Preußen mehr als 10 Jahre geführt hat, ist durch das völlig unentschiedene Ergebnis in Frage gestellt, es sei denn, daß das Reich im Interesse des gesamten deutschen Volkes die schließenden Jügel des größten deutschen

